

**Bundespräsidialamt
Abteilungsleiter Inland
Herrn Dr. Oliver Schmolke
Spreeweg 1**

10557 Berlin

Mannheim, den 15.09.2019

Gesprächstermin vom 2. September 2019

Sehr geehrter Herr Dr. Schmolke,

für das Gespräch vom 02.09.2019 möchte ich mich noch einmal ausdrücklich bedanken. Es ist gut zu wissen, dass Sie und der Herr Bundespräsident die Entwicklungen zu dem Konflikt zwischen der IEDF und der Bundesregierung aufmerksam verfolgen.

Wie ich Ihnen angekündigt hatte, hat am 03.09.2019 das Gespräch mit dem Abteilungsleiter IV im BMAS stattgefunden. Teilnehmer waren Vertreter der UOKG, der VOS und der IEDF.

Herr Flecken war zugegebenermaßen sehr freundlich. Aber eine Kommunikation hat im Grunde nicht stattgefunden. Herr Flecken vermied es konsequent, die von uns vorgebrachten Argumente zu kommentieren. Vielmehr war er bemüht, uns allgemeine Erläuterungen zum Rentenrecht vorzutragen.

Abschließend forderten wir ihn auf, er möge doch einmal ein Dokument benennen, aus dem angeblich hervorgehen soll, dass das RÜG auch auf die Rentenkonten der DDR-Altübersiedler anzuwenden ist.

Ein solches konnte er nicht zitieren. Stattdessen erklärte er, es sei eine politische Entscheidung gewesen, mit der (angeblich) für alle Versicherten gleiches Recht geschaffen werden sollte. Dass in keinem der amtlichen Dokumente der Begriff "DDR-Flüchtling" bzw. "DDR-Übersiedler" auftaucht, sondern dass dort vielmehr ausschließlich die Rede ist von den Menschen in den neuen Bundesländern, macht ihm nichts aus. Eine politische Entscheidung eben. Eine politische Entscheidung, die nirgendwo aktenkundig geworden ist. So „einfach“ ist das.

Wir haben erlebt, wie Sachargumente an einer ausgeprägten Voreingenommenheit abprallen und die Aufforderung zur Problemlösung zu einer reinen Machtfrage schrumpft.

Aus dem Gespräch vom 10.09.2019 mit den CDU-Abgeordneten Gitta Connemann und Elisabeth Motschmann konnten wir allerdings den Eindruck mitnehmen, dass innerhalb der CDUCSU-Fraktion ein gewisses Maß an Sensibilität gegenüber den ehemaligen DDR-Flüchtlingen und Ausreiseantragstellern im Entstehen begriffen ist.

Es ist zu hoffen, dass die zuständigen Abgeordneten der Unionsfraktion sich nunmehr vorurteilsfrei und unabhängig von regierungsseitigen Einflüssen des Themas annehmen. Schließlich liegt dem Bundestag mit der Petition/Beschwerde 3-19-11-8222-006233 eine Sachfrage vor, die eigentlich nicht mit einer „einfachen“ regierungsseitigen Vorgabe entschieden werden dürfte.

In der Hochglanzbroschüre der CDU/CSU-Fraktion „Für das Land und die Menschen – Werte, Ziele und Arbeit der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag“, Seite 19, steht der wunderbare Satz:

„Es ist ja wohl so, dass das Parlament die Regierung kontrolliert und nicht die Regierung das Parlament.“ (Michael Grosse-Brömer)

Wir hoffen, dass wir uns diesmal darauf verlassen können.

Mit freundlichem Gruß,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Holdefleiß', written in a cursive style.

Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)